72. Jahrgang № 511 — Sonntag, 30. Oktober 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 RM. Bezugspreis für Monat Oktober 1 Mark ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1066 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekannte vornehme Tafelmusik. Festsäle mit Konferenzzimmer.

Mittwoch und Sonnabend **Gesellschaftsabend**

Preußen gegen ein Ostkommissariat des Reichs

Nur eine Verwaltungsstelle innerhalb des Reichsinnenministeriums.

Lord Cecil antwortet auf die Chamberlain-Rede. — Das Ordenswesen in Sowjet-Rußland. — Wie die „Masalda" unterging.

Die Auswirkung des Dualismus Preußen—Reich.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Okt. Aus dem amtlichen Kommuniqué, das über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts ausgegeben worden ist, glaubt man in politischen Kreisen entnehmen zu sollen, daß zunächst wieder einmal eine politische Hoffnung für den deutschen Osten halb und halb enttäuscht werden wird. Die Wünsche der Ostmark gehen bekanntlich auf die Schaffung eines selbständigen Staatskommissariats, ähnlich jener Einrichtung, die für die besetzten Gebiete geschaffen worden ist und die sich nach übereinstimmender Meinung aller politischen Kreise sehr gut bewährt hat. Die für den deutschen Osten so brennende Angelegenheit ist, wie der Verlautbarung entnommen werden muß, vorerst auf das rein wirtschaftliche Gebiet abgeschoben worden.

Wenn man auch zugeben muß, daß Wirtschaft und Politik gerade im Osten auf das engste miteinander verknüpft sind,

so besteht doch die ernste Gefahr bei der jetzt in Aussicht genommenen reinen Verwaltungsstelle, daß das politische Moment wesentlich zu kurz kommen könnte.

Preußen hat sich — an der Kabinettssitzung nahm der preußische Innenminister teil — mit seinen Einwänden, die hauptsächlich auf parteipolitischen Befürchtungen beruhen, doch wieder in den Vordergrund schieben können. **Vielleicht darf insofern wenigstens ein Fortschritt in dieser Angelegenheit gebucht werden, als die geplante Verwaltungsstelle nun nicht etwa lediglich bei der preußischen Regierung belassen, sondern im Rahmen des Reichsministeriums des Innern ausgebaut werden wird.** Die starke Betonung einer einheitlichen und engen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen für den bedrohten deutschen Osten dürfte angesichts dieser Sachlage indessen über einen frommen Wunsch kaum weit hinauskommen. Es ist leider nicht anzunehmen, daß die preußische Regierung in ihrer heutigen Orientierung bereit sein wird, gemeinsam mit der Reichsregierung bezüglich des deutschen Ostens an einem Strange zu ziehen. Das dürfte so lange nicht anders werden, als Preußen eine rote Regierung hat und eine einheitliche politische Linie durch den Dualismus Preußen : Reich, auf den der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Quaatz gestern im Haushaltausschuß mit so beredten Worten hinwies, immer wieder unterbrochen wird.

Der polnische Gesandte bei Dr. Stresemann.

Berlin, 29. Okt. Der polnische Gesandte Olschowski hat gestern nachmittag Dr. Stresemann aufgesucht, um nähere Informationen über die Stellung des Reichskabinetts zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen zu erhalten. Bekanntlich hängt diese nur noch von der Rückkehr des Reichskanzlers ab.

Nationalismus der reichsdeutschen Polen.

Ein starkes Bekenntnis zum polnischen Volke.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Okt. Unter Vorsitz des Geistlichen Dr. Domanski aus Zakrzewo in der Grenzmark fand in Groschowitz (Kreis Oppeln) eine Tagung des Verbandes der Polen reichsdeutscher Staatsangehörigkeit statt, an der der oberste Rat des Bundes mit den beiden preußischen Landtagsabgeordneten der polnischen Partei und der Generalsekretär Dr. Kaszmarek aus Berlin, sowie 240 Vertreter der oberschlesischen polnischen Organisation und Gäste aus dem Deutschen Reich teilnahmen. Eine erste Entschließung stellt **„die untrennbare Verbundenheit der in Deutschland lebenden Polen mit dem ganzen polnischen Volke"** fest. Eine zweite beginnt zwar mit einer Loyalitätserklärung gegenüber dem Deutschen Reich, um danach allerdings von ihm die Unterstützung zur Erhaltung der nationalen Eigenart der Polen in Deutschland zu fordern. Völlig ausgeschlossen war auf dieser Tagung die deutsche Presse, und auch die polnische Presse gibt keinerlei Auszug der Referate.

Zum Verständnis der Entschließungen muß darauf hingewiesen werden, daß eben jetzt im benachbarten Ostoberschlesien eine starke Bewegung ins Leben gerufen worden ist, in deren Kernpunkt die Einigung aller polnischen Parteien zur

Förderung der Politik der Verpolung Ostoberschlesiens

programmatisch festgelegt wird. Diese umfassende, unter Leitung eines aktiv an den Aufständen beteiligt gewesenen Geistlichen stehende Bewegung war natürlich der in Groschowitz tagenden preußischen Polenversammlung bekannt. Wenn sie nun gleichzeitig ihre Verbundenheit mit jenen auf die Ausrottung des Deutschtums in Oberschlesien bedachten Polen bekennen und in demselben Atemzug die deutsche Regierung auffordern, das künstlich nach Oberschlesien hineingetragene Polentum zu fördern, so ist das ein unlösbarer Widerspruch, der an der Ehrlichkeit der gefaßten Entschließungen berechtigte Zweifel aufkommen läßt.

Das deutsche Vorbild Luthers.

410 Jahre sind es her, daß der Mönch Dr. Martin Luther seine 95 Thesen an das Tor der Schloßkirche zu Wittenberg anschlug in einer Zeit voll drohender Unruhe und unsicheren Suchens. Ein Mann nahm damals den Kampf auf um die deutsche Seele seines Volkes gegen geistige Ueberfremdung von außen, und dieser deutsche Mann wußte, daß dieser Kampf auf dem Gebiete des Glaubens eine nationale Angelegenheit war; das zeigt seine große Mahnschrift an den christlichen Adel deutscher Nation. Ein deutscher Mann war es, der wenige Jahre später auf dem Wormser Reichstage seine mühevoll errungene Meinung verteidigte und den keine Drohung von ihr abbringen konnte, weil ihm sein ehrliches christliches Gewissen mehr wert war als Sicherheit und Leben, mehr wert auch als die Kardinalswürde, die man ihm wohl 1518 in verblümter Form hatte anbieten lassen. Auch heute leben wir in einer Zeit der Unruhe, der geistigen Not und des geistigen Kampfes, und darum haben wir heute um unseres Vaterlandes willen deutschen Geist und deutsche Art, *die ihrer selbst bewußt und stolz ist, bitter notwendig.* Luthers Geist und Luthers Art kann uns heute noch vorbildlich sein für ein starkes, stolzes und zukunftsfrohes Deutschtum, das den Kampf mutig wagt gegen die undeutschen, artfremden Mächte der Gegenwart, so wie Luther unerschrocken den Kampf aufnahm gegen die größte Macht seiner Zeit, die Kirche Roms.

Wir brauchen wieder die Frömmigkeit eines Luther. Freilich existiert nicht einmal mehr der Begriff Frömmigkeit für den Menschen, der die moderne Zivilisation anbetet: für ihn ist Frömmigkeit so viel wie unehrliche Frömmelei, und der Glaube an einen Gott so viel wie das Symptom einer gewissen intellektuellen Minderwertigkeit, so viel wie Naivität eines Provinzlers. Er hat längst die Sinne verloren für das Erleben des Religiösen, ganz gleich, ob es sich um den Gottesdienst in der Kirche oder im Herzen handelt; er fühlt nicht mehr das Fromme in wahrhaft deutscher Musik, bei dem großen Vertoner Luthers Glaubenskraft: Bach, bei dem einsamen Beethoven oder einem modernen Meister wie dem verstorbenen Reger oder dem noch lebenden Pfitzner; er erschauert nicht mehr vor dem Heiligen in den erhabenen Werken deutscher Dichtkunst; er kann und will gar nicht wissen, daß Kunst nur von einem zutiefst frommen Menschen geschaffen zu werden vermag, ebenso wie nur dem letzten Endes frommen Menschen Sinn und Wesen des Seins erfühlbar ist. So ist ein Quell heiligster Freuden des Menschenherzens bei Hunderttausenden ertötet, und es ist kümmerlich, daß große politische Parteien mehr oder weniger offen und unverfroren einen niedrigen Krieg gegen das Frommsein auf ihre Fahnen geschrieben haben, weil sie angeblich Geistesfreiheit erkämpfen wollen. Wo bleibt aber die Geistesfreiheit, wenn die Willkür einer sozialistischen Parteimehrheit in Neukölln es wagen kann, christlichen Schwestern das gemeinsame Tischgebet zu verbieten, wenn in Dresden eine gleichgeartete geringe Mehrheit der überwiegend christlichen Elternschaft ihre Macht aufzwingt und an sämtlichen Volksschulen die Beseitigung derjenigen christlichen Inschriften durchsetzt, die allen Generationen bis heute Wegweiser zu den tiefsten Quellen deutscher Tüchtigkeit: Ehrfurcht und Pflichtbewußtsein, gewesen sind? Die Geistesfreiheit, die von dieser Seite gepredigt wird, prägt die ihrer Meinung nach ethische Forderung: „Seid ehrfuchtslos." Sie aber hat mit dem Geist Luthers und mit den Wurzeln deutschen Wesens — eine unzertrennliche Einheit — nichts gemein. Ihr politisches Erzeugnis war die Revolution von 1918, ihr kulturelles Ergebnis ist der falsche Flitterzauber moderner Revuen. Und ihre Fortwirkung zeigt sich in dem gerade jetzt wieder mit allen Mitteln entfesselten Kampfe gegen die lebendige Kraft christlichen Glaubens, gegen Gebet und Bibelsprüche. Daß die Revolution, daß die Entgeistigung unseres Lebens sich noch nicht in dem Maße ausgewirkt hat, wie es die Apostel traditionsfeindlicher Gedanken gewünscht haben, ist darauf zurückzuführen, daß sich der gesunde Kern des deutschen Volkes stärker, lebenskräftiger gezeigt hat, als es ein politisches Machtstreben jener zersetzenden Kreise vertragen kann. Mehr denn je haben wir darum heute Veranlassung, um die wahre Geistesfreiheit zu kämpfen, die Luther erfochten hat und die deutschem Wesen entspricht. Diese Geistesfreiheit hat er dargelegt in seiner Antwort vor dem Reichstage zu Worms, wo er sagte, er „glaube weder

Englands nicht vorhandener Abrüstungswille.

Cecils Antwort auf die Rede Chamberlains.

London, 29. Okt. Lord Cecil antwortete gestern in einer Rede auf die vorgestrigen Ausführungen Chamberlains. Er sagte u. a.: Er fürchte, Chamberlains Rede könne dahin ausgelegt werden, daß England nichts mehr für die Abrüstung tun könne. Chamberlain habe nichts über Schiedsgerichtsbarkeit oder über die Grundsätze gemeinsamer Verteidigung als Abrüstungsbedingungen gesagt. Der einzige positive Vorschlag, der gemacht wurde, sei der, daß die Grundsätze des Locarno-Vertrages auch in anderen Teilen der Welt in Kraft gesetzt werden könnten. Es würde zweifellos einen großen Vorteil bedeuten, wenn dies möglich wäre, die Schwierigkeit habe jedoch stets darin bestanden, wer die Rolle in den neuen Locarno-Verträgen übernehmen solle, die Großbritannien im bestehenden Locarno-Vertrage spiele.

Ueber die Gefahr eines Krieges mit Rußland

befragt, erklärte Cecil, er wolle nicht sagen, daß man wegen der Lage, die sich aus den Beziehungen zu Sowjetrußland ergebe, alle Schritte in Richtung auf Abrüstung einstellen dürfe. Irgendeine Art suspendierender Vereinbarung in jedem Abrüstungsvertrage werde bezüglich der Länder, die an Rußland angrenzen, getroffen werden müssen, es sei denn, daß Rußland an dem Abkommen selbst teilnehmen würde. **Cecil erklärte zum Schluß, er sei vollkommen überzeugt, daß die gegenwärtige deutsche Regierung äußerst bestrebt ist, ihre volle Rolle im Völkerbunde zu spielen.**

Nach dem Fehlschlag der Dreimächtekonferenz sei er zu dem Entschluß gekommen, aus der Regierung auszuscheiden, nicht um ihre Politik anzugreifen, sondern um sich in voller Freiheit für die Förderung der Abrüstung einzusetzen. Chamberlain versichere, daß eine volle Verwirklichung der Entschließungen der Völkerbundsversammlung dem Geiste wie dem Buchstaben nach keine Differenzen zwischen ihnen beiden übrig lasse. Er sei glücklich, daß der Außenminister jede Differenz bezweifle, und hoffe, daß er recht habe.

Die „Times" verteidigt Englands Haltung.

London, 29. Okt. Die „Times" behandelt die Abrüstungsfrage auf Grund der Reden Chamberlains und Cecils und der von liberaler und arbeiterparteilicher Seite eingeleiteten Kampagne in nicht sehr freundlicher Weise. Die Hindernisse für eine endgültige und allgemeine Aktion sind nach Ansicht des Blattes im Augenblick unüberwindlich. **Das Blatt verteidigt sehr eingehend die Haltung Großbritanniens bei allen Versuchen des Völkerbundes, zu einer Abrüstung zu gelangen, und schließt recht allgemein mit der Feststellung, daß Rüstungen mit anwachsendem Vertrauen verschwinden würden.** Die kleine Armee der Vergangenheit hätte mehr Kriege versucht, als die großen der Gegenwart.

Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß Austen Chamberlain in seiner Rede den Hoffnungen, Großbritannien für neue Allianzen gewinnen zu können, einen schweren Schlag versetzt habe.

England und der lettisch-russische Handelsvertrag.

London, 29. Okt. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, der Abschluß des russisch-lettischen Handelsvertrages habe wenigstens für den Augenblick die Bildung eines baltischen Blocks verhindert, was einen Triumph für Moskau bedeute. Lettland sei jedoch mitgeteilt worden, daß eine Bevorzugung von Sowjetrußland, verbunden mit unterschiedlicher Behandlung britischer Waren, zur Folge haben würde, daß Lettland, das sehr notwendig Geld brauche, keine Anleihen auf dem Londoner Geldmarkte erhalten würde. (W. T. B.)